



Hamburg | 16. April 2016

## Pressemitteilung Die Berner Au räumt auf!

Mit den Aufräum-Aktionen rund ums die Hochwasserrückhaltebecken Blackshörn und Sasel macht die Bürgerinitiative „Kein ÜSG Berner Au“ wieder einmal auf den aktuellen Stand rund um das Überschwemmungsgebiet aufmerksam.

Auch der schönste Sonnenschein mit fröhlichen Menschen kann nicht darüber hinweg täuschen, dass Hamburg sich ein Infrastruktur-Desaster leistet. Obwohl das Oberflächen-siel Berner Au mitsamt den Hochwasser-Rückhaltebecken seit zwei Jahren im Fokus der Öffentlichkeit steht, geschieht weiterhin zu wenig zu ihrer Instandhaltung und nichts zur Anpassung an die wachsende Stadt. Zwar ist ein „Runder Tisch“ seitens der Behörde angekündigt, zu dem auch die Bürgerinitiative eingeladen wird, aber solange die Politik kein Budget bereitstellt, kann auch nichts gepflegt werden. Dieser Spar-Modus besteht seit 30 Jahren und die Diskussion seit zwei Jahren konnte daran nichts ändern.

Die Mitglieder der Bürgerinitiative erfahren derweil immer mehr Details aus den Einzugsgebieten der ÜSG in Hamburg: Immer mehr grüne Freiflächen der Stadt werden rücksichtslos ver- und bebaut, ohne die daraus folgenden Probleme für die bereits ansässigen BürgerInnen zu berücksichtigen.

Wasser in Kellern durch steigendes Grundwasser sowie Überflutungen aus Entwässerungsgräben und Oberflächen-sielen sind vorhersehbare und vermeidbare Risiken.

Die Neuberechnung für die Berner Au zeigt deutlich, dass die prognostizierten Überflutungen unmittelbar bei den städtischen Regenwassersammlern beginnen und sich von dort zu den Häusern und Gärten ausbreiten werden.

Wird die Regenwasserinfrastruktur nicht an die sich ändernden Anforderungen angepasst, könnte die regelmäßige Überprüfung der Überschwemmungsgebiete alle sechs Jahre zusätzliche bewohnte Grundstücke in die „Gefahrengebiete“ einbeziehen.

Gewässerpflege, sowie Wartung und Anpassung der Rückhaltebecken sind kommunale Pflichten. Ein Versagen der Infrastruktur, oder von ihren Teilen, betrifft alle Bürger.

Die Initiative möchte daher auch die Menschen im Stadtteil ermutigen, die bisher noch nicht direkt betroffen sind, ihre Fragen an die Politik zu stellen.

Für Rückfragen stehen Ihnen im Auftrag der Bürgerinitiative Berner Au zur Verfügung

Susanne Fink Knodel

Thomas Müller